

# Mitteilungen

des

## Oberösterreichischen Landesarchivs

19. Band



Linz 2000

## INHALT

*Vorträge der Enquete "Nationale Frage und Vertreibung der Deutschen in der Tschechoslowakei. Fakten, Forschungen, Perspektiven aus dem Abstand von 50 Jahren" ..... 7-175*

Vorwort ..... 5

Eröffnungsrede des Landeshauptmannes Dr. Josef Pühringer ..... 7

Historische Perspektiven zur Vertreibung der Deutschen  
aus der Tschechoslowakei  
Von Richard G. P l a s c h k a u. Arnold S u p p a n ... 13

Tschechen und Deutsche im neuen Staat: Ein Anfang mit  
mehreren Enden  
Von Friedrich P r i n z ..... 37

Die Vertreibung der Deutschen aus der Sicht der  
innerstaatlichen Rechtsordnung  
Von Helmut S l a p n i c k a ..... 55

Die Vertreibung der Deutschen aus der Sicht des Völkerrechts  
und der Menschenrechte  
Von Dieter B l u m e n w i t z ..... 77

Zum Wissensstand über die Vertreibung der Sudetendeutschen  
Von Emilia H r a b o v e c ..... 99

Von der "nationalen" zur "sozialen" Revolution:  
Die Zwangsaussiedlung der Deutschen aus der  
Tschechoslowakei und der Februar-Sieg der Kommunisten  
Von Jaroslav K u č e r a ..... 123

|                                                                                                                                                                                                       |         |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------|
| Die Situation der sudetendeutschen Flüchtlinge in Oberösterreich<br>seit 1945<br>Von Brunhilde Scheuringer .....                                                                                      | 141     |
| <i>Allgemeine Aufsätze</i> .....                                                                                                                                                                      | 177-400 |
| Maß und Gewicht in Johannes Keplers 'Messekunst Archimedis'<br>(1616). Metrische Kommentare zur Maßgeschichte von Linz<br>und Oberösterreich<br>Von Harald Witthöft .....                             | 177     |
| Aspekte sowjetischer Kriegsgefangenschaft 1941-1956. Dokumen-<br>tiert am Beispiel oberösterreichischer Gefangener<br>Von Felix Schneider .....                                                       | 231     |
| Die Villen "Neu-Jerusalems". Die Arisierung von Immobilieneigen-<br>tum am Beispiel des Kurortes Bad Ischl<br>Von Jutta Hangler .....                                                                 | 259     |
| Das "Gauarchiv Oberdonau". Aufbau und Zerstörung des Parteiar-<br>chivs der NSDAP Oberdonau<br>Von Gerhart Markh Gott .....                                                                           | 297     |
| "Euthanasieanstalt" Hartheim und Reichsgau Oberdonau. Involvie-<br>rung von Verwaltungs- und Parteidienststellen des Reichsgaues<br>Oberdonau in das Euthanasieprogramm<br>Von Josef Goldberger ..... | 359     |
| Zum Gedenken an Hans Sturmberger .....                                                                                                                                                                | 401     |
| Verzeichnis der Rezensionen .....                                                                                                                                                                     | 407     |
| Rezensionen .....                                                                                                                                                                                     | 409     |
| Verzeichnis der Mitarbeiter .....                                                                                                                                                                     | 454     |

1939/42

Die Schuld für München wurde in erster Linie dem Präsidenten Edvard Beneš angelastet; er galt in den Augen des tschechischen Volkes als der Alleinverantwortliche für die gesamte Außenpolitik. In seiner Abschiedsrede vom 5. Oktober 1938 blieb ihm vorläufig nichts anderes übrig, als auf die Notwendigkeit hinzuweisen, "sich den neuen Verhältnissen anzupassen". Immerhin versuchte er, seinem Volk noch ein ermutigendes Wort in schwerer Stunde zu sagen: "Wir werden einen Nationalstaat haben... und darin wird die große Kraft unseres Volkes und Staates liegen. Dies wird Volk und Staat jene große neue Schöpferkraft und sittliche Grundlage verleihen, die sie bisher entbehren mußten". – Vielleicht dachte Beneš damals wirklich an einen tschecho-slowakischen Nationalstaat ohne deutsche, polnische, magyarische und ukrainische Siedlungsgebiete? Jedenfalls aber verließ er am 22. Oktober 1938 das Land und kehrte erst im April 1945 zurück.<sup>16</sup>

Das Münchner Abkommen war für Hitler allerdings kein Endpunkt. Bereits am 21. Oktober 1938 ist in einer Führerweisung unter den "künftigen Aufgaben der Wehrmacht" nicht nur die "Sicherung der Grenzen des Deutschen Reiches", sondern auch die "Inbesitznahme des Memellandes" und vor allem die "Erledigung der Rest-Tschechei" genannt: "Es muß möglich sein, die Rest-Tschechei jederzeit zerschlagen zu können, wenn sie etwa eine deutschfeindliche Politik betreiben würde". Und dies – die Unterschriften am Münchner Abkommen waren kaum noch trocken – sichtlich mit dem Risiko des Nichteinverständnisses mit den bisherigen Partnern: "Die Vorbereitungen müssen so getroffen werden, daß gleichzeitig die Grenzsicherung 'West' durchgeführt werden kann".<sup>17</sup>

Das Oktroy der Großmächte in München wurde auch von Chamberlain und Daladier – das muß nicht zuletzt im Sinne der bei-

---

das Dritte Reich 1933-1938. Von der Volkstumspolitik zur nationalsozialistischen Außenpolitik (München 1980); Viliam Plevza, Die Nationalitätenpolitik in der Ersten Tschechoslowakischen Republik, in: München 1938, 27-41

<sup>16</sup> Seibt, Deutschland 339f.

<sup>17</sup> Deutsche Geschichte 159ff.

den Ministerpräsidenten und der Parlamente ihrer Staaten unterstrichen werden – als angemessene nationalpolitische Lösung gesehen. Was sie in ihrem damit verbundenen Streben, den Frieden jedenfalls zu erhalten, verkannt haben, war Hitler, sein totalitäres System und seinen Expansionsdrang. Ein System, in dem innenpolitisch schon bedenkenerregende Unrechtsakte gesetzt, in dem tief einschneidende und sich steigende Ausgrenzungen von Mitbürgern erfolgt waren, in dem es Konzentrationslager und politische Morde gab; ein System, das sich zwar möglichst undurchsichtig und undurchschaubar in manchen unmenschlichen Konsequenzen hielt und das sich zugleich massengestützt darbot; aber auch ein System, das – sah man schon über die innenpolitischen Vorgänge hinweg – gerade aus seinen innenpolitischen Usancen heraus auch außenpolitisch als schwer berechenbar einzustufen war.

Hitlers Vorgehen bestätigte ganz grundsätzlich die Problematik, mit totalitären Regimen zu kooperieren. Hitler, der für die Loslösung der Sudetendeutschen von der Tschechoslowakei noch die überwiegende internationale Meinung für sich gehabt hatte, hat – seiner 1937 geäußerten Zielsetzung entsprechend – wenig später seine Vertragspartner mit einem nächsten Schritt desavouiert. Zwar war die Tschechoslowakei als multinationaler Staat auch durch Ansprüche Polens und Ungarns für ihre konnationalen Bevölkerungsgruppen und durch Separierungstendenzen der Slowaken – sie alle durch Hitler ermutigt, animiert oder veranlaßt – bereits in weitere Schwierigkeiten und Abtretungsvorgänge geraten. Hitler jedoch gab für den 15. März 1939 morgens, nachdem er Staatspräsident Emil Hácha in Berlin in der Nacht vorher brutal unter Druck gesetzt hatte, Einmarschbefehl in Richtung Prag. Das Protektorat Böhmen und Mähren wurde oktroyiert. Der britische Premierminister erklärte noch – Frankreich und Großbritannien hatten in München eine Garantieerklärung für den Reststaat zugesagt –, die Tschechoslowakei sei "by international disruption" untergegangen. Hitler aber hatte mit der Einverleibung der tschechischen Regionen einen Schritt gesetzt, der durch das Selbstbestimmungsrecht nicht nur nicht mehr gedeckt war, sondern ihm diametral entgegenstand. Er war – von seiner diktatorischen Vorgangsweise im Inneren abgesehen – durch diesen Zugriff auf den tschechischen Staat in der internationalen Gemeinschaft, die nach

einvernehmlichen Lösungen zu suchen bestrebt war, als offen imperialistisch unglaublich geworden. Zum "Griff nach Prag" vom 15. März 1939 schrieb Ulrich von Hassell in sein Tagebuch: "Es ist der erste Fall offener Hybris, des Überschreitens aller Grenzen, zugleich jeden Anstands".<sup>18</sup>

Beneš protestierte sofort am 16. März 1939 als "Expräsident der Tschechoslowakei" unter Hinweis auf die internationalen Garantieverprechen für die Rest-Tschechoslowakei im Münchner Abkommen bei Roosevelt, Chamberlain, Daladier und Litvinov. Und hatte er noch im Februar 1939 Ungerechtigkeiten des Versailler Vertragswerkes eingeräumt, so begann er nun die allmähliche Abkehr der westlichen Welt vom Münchner Abkommen zu erfassen und erklärte bei seiner Rückkehr aus den USA nach Großbritannien, daß alles Unglück in der Weltpolitik damit begonnen habe, daß die Achsenmächte sich zur Vernichtung des Versailler Friedenssystems entschlossen hätten. In einer Unterredung mit dem Vorsitzenden des sudetendeutschen sozialdemokratischen Exils in London, Wenzel Jaksch, am 3. August 1939 wies Beneš bereits einer klaren Beantwortung der sudetendeutschen Frage aus: Ob das Sudetengebiet ganz oder teilweise einer restaurierten Tschechoslowakischen Republik einverleibt werde, müsse der "Entscheidung der Realfaktoren" überlassen bleiben.<sup>19</sup>

Zu den "Realfaktoren" aber gehörte Hitlers Erlaß über die Errichtung des Protektorates Böhmen und Mähren vom 16. März 1939, die Gewinnung der tschechischen Arbeitskräfte in Industrie, Gewerbe, Handel und Landwirtschaft für die deutsche Rüstungs- und Kriegswirtschaft sowie die gezielte Verfolgung von tschechischen Intellektuellen. So wurden nach Studentendemonstrationen am 28. Oktober 1939 neun angebliche Urheber erschossen, rund 1.200 Studenten in das KZ Oranienburg deportiert und alle tschechischen Universitäten und Hochschulen geschlossen. Und mit dem militärischen

---

<sup>18</sup> Ulrich von Hassell, *Vom andern Deutschland*. Aus den nachgelassenen Tagebüchern 1938-1944 (Zürich – Freiburg/Breisgau 1946); George F. Kennan, *From Prague after Munich*. Diplomatic Papers 1938-1940 (Princeton 1971) 86f., 103; Plaschka; Suppan, in Hrabovec, *Vertreibung* 15f.

<sup>19</sup> Seibt, *Deutschland* 342f.; Wenzel Jaksch – Edvard Beneš, *Briefe und Dokumente aus dem Londoner Exil 1939-1943*, hg. v. Friedrich Prinz (Köln 1973) 80ff.

Sieg Deutschlands über Frankreich im Frühjahr 1940 verschlechterten sich noch die "Realfaktoren", auch wenn Großbritannien die Luftschlacht über England gewann. Vielleicht ermutigte dies Beneš am 18. November 1940 zu neuen nationalen Überlegungen gegenüber dem immer schwächer werdenden tschechischen Widerstand in der Heimat:

"Auch die tschechische Nation braucht ihren 'Lebensraum' (sic!). Durch die Münchner Grenzbestimmungen wird ihm dieser nicht gewährt. Diese Grenzen müssen daher verschwinden... Hauptsache ist und wird für uns sein, in Hinkunft ein größeres nationaltschechisches Gebiet zu schaffen und es für uns zu sichern. Hierfür wird es nötig sein, das tschechische Gebiet Mährens nach Norden und Süden möglichst auszuweiten und so unsere Umklammerung durch die Deutschen Österreichs und Schlesiens zu beseitigen... Es werden daher die Deutschen aus Nord- und Südmähren inkl. Brünn und Iglau verschwinden müssen. Vom Grulicher Schneeberg an gegen Bodenbach muß die historische Grenze belassen werden, von Neuwelt Harrachsdorf bis Bodenbach muß die neue ethnographische Grenzlinie für uns militärisch annehmbar sein; sodann würde die historische Grenzlinie bis hinter Komotau und Kaaden verlaufen, dann würde eine neue ethnographische Grenze über das Duppauer Gebirge gegen Tachau folgen. Außerhalb des nationaltschechischen Gebietes würden auf diese Art folgende Gaue verbleiben: Jägerndorf, Reichenberg und Karlsbad. Die im Inland inkl. Prag wohnhaften Deutschen müßten entweder auswandern oder bedingungslos das tschechische Regime sowohl in sprachlicher als auch in administrativer Hinsicht ohne Minderheitenrechte innerhalb dieser neuen ethnographischen tschechischen Grenze annehmen...". Beneš warnte auch noch die Widerstandsgruppen, sich den "unmöglichen Hoffnungen" hinzugeben, "daß man 3 Millionen Deutsche ausmerzen oder ausweisen könnte... Man könnte jedoch mit dem Abgang oder der Ausweisung ganzer hunderttausender kompromittierter Nazideutscher und einer Zwangsübersiedlung weiterer hunderttausender Deutscher aus den obgenannten Kreisen in die drei deutschen Gaue, nach Österreich oder nach Deutschland rechnen".<sup>20</sup>

<sup>20</sup> Detlev Brandes, Die Tschechen unter deutschem Protektorat Bd. 1 (München - Wien 1969) 20f., 83-95; Jaksch - Beneš 95ff.

Der 1938/39 in Prag zugeteilt gewesene und nun, im Oktober 1940, in Berlin akkreditierte amerikanische Diplomat George F. Kennan faßte nach einem Kurzbesuch in Prag eineinhalb Jahre Protektoratsherrschaft zusammen: Zwar sei es bisher nur zu wenigen offenen Feindschaften zwischen Tschechen und Deutschen gekommen, aber wirtschaftlich habe zweifellos eine Verschiebung der nationalen Substanz von den Tschechen zu den Deutschen stattgefunden, so beim Škoda-Konzern. In der Lohnpolitik bevorzugten die Deutschen die Industriearbeiter und benachteiligten die Intellektuellen. So fehlten der tschechischen Nation moralische Führer, die die Balance zwischen Realismus und Vision fänden. Präsident Hácha habe sogar erklärt, daß die kleinen Nationalstaaten in Hinkunft unter der Protektion einer führenden Nation stehen müßten. Als aber im Sommer 1941 ein Teil des tschechischen Widerstandes auf die Sowjetunion zu hoffen begann, Streiks und Sabotagefälle im Protektorat zunahmen und die Protektoratspresse boykottiert wurde, setzte Hitler den SS-Obergruppenführer und General der Polizei Reinhard Heydrich als neuen Stellvertretenden Reichsprotektor ein. Dieser ließ sofort den Ausnahmezustand verhängen, Massenverhaftungen vornehmen und über 400 tschechische Männer und Frauen erschießen. Nachdem er dem Attentat zweier exiltschechischer Fallschirmspringer erlegen war, begann im Juni 1942 eine noch größere Terrorwelle, der nicht nur die Dörfer Lidice und Ležáky, sondern über 1.300 Personen zum Opfer fielen, darunter viele Beamte, Offiziere, Lehrer und Freiberufler.<sup>21</sup>

Schon in einem Brief an Jaksch vom 15. Juli 1942 resümierte Beneš kryptisch über die Folgen der nationalsozialistischen Gewaltmaßnahmen: "Und am schrecklichsten ist, daß dies bei uns ein Erbe hinterläßt, von dem niemand von uns heute wissen kann, wie wir es wieder loswerden sollen". In einer Nachricht für die Widerstandsbewegung vom 10. Oktober 1942 aber vertrat Beneš bereits die klare Meinung, "daß möglichst viele Deutsche und Magyaren die Republik verlassen sollten". Inzwischen hatten Großbritannien und Frankreich

---

<sup>21</sup> Kennan, Prague 226-240; Wilhelm Dennler, Die böhmische Passion (Freiburg/Breisgau – Frankfurt/Main 1953) 57; Brandes, Protektorat 1, 210-213, 251-267; vgl. Alice Teichova, The Protectorate of Bohemia and Moravia (1939-1945), in: Bohemia in History 267-305

das Münchner Abkommen für ungültig erklärt, und Großbritannien und die USA wollten auch die abgetretenen deutschen Gebiete, die Slowakei und die Karpato-Ukraine wieder an die Tschechoslowakei zurückgeben. Doch die Widerstandsbewegung verlangte bereits die Konfiszierung des Eigentums aller Deutschen, und auch Beneš sprach bald von "revolutionären Maßnahmen zur Massenausweisung, besonders der deutschen und ungarischen Schuldigen" und von einer "Vorbereitung einer systematischen Verstaatlichung des Besitzes aller Schuldigen, besonders freilich der Deutschen...". Wenzel Jaksch schließlich hielt er im sogenannten "Dezemberdokument" 1942 vor, daß die sudetendeutsche Bevölkerung in ihrer großen Mehrheit dem Faschismus verfallen sei und daß "in den Jahren 1935-38 eine Million Deutscher, d.h. nur etwa 30 Prozent der deutschen Bevölkerung, an der Seite des tschechischen Volkes bzw. des tschechoslowakischen Staates gestanden haben". Das Selbstbestimmungsrecht der Sudetendeutschen wurde expressis verbis abgelehnt, die Notwendigkeit eines "Transfers" einer großen Zahl von Sudetendeutschen rückte in den Mittelpunkt der Programmatik der tschechoslowakischen Exilregierung.<sup>22</sup>

## 1945/47

Nach Stalingrad, nicht zuletzt auf den Kriegskonferenzen in Teheran und Jalta, begannen auch die Alliierten die Frage der Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa intensiver zu erörtern, um die Minderheitenprobleme ein für allemal zu bereinigen und innerhalb der neuen Grenzen Frieden zu stiften. So erklärte Winston Churchill im Dezember 1944 im britischen Unterhaus: "Denn die Vertreibung ist, so wir in der Lage sind, es zu überschauen, das befriedigendste und dauerhafteste Mittel. Es wird keine Mischung der Bevölkerung geben, wodurch endlose Unannehmlichkeiten entstehen, wie zum Beispiel im Fall Elsaß-Lothringen. Reiner Tisch wird gemacht werden".<sup>23</sup>

<sup>22</sup> Jaksch - Beneš 128-142, 151-160

<sup>23</sup> Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen, hg. v. Wolfgang Benz (Frankfurt/Main 1985) 7f.; Hans Lemberg, "Ethnische

Die nationalsozialistischen Gewaltmaßnahmen im Verlauf von über fünf Jahren Krieg hatten das "Reinen-Tisch-machen" auch bei Tschechen und Slowaken psychologisch vorbereitet, Exilpolitik und Widerstand in der Heimat hatten immer häufiger und immer heftiger "ethnische Säuberungen" verlangt, die alliierten Siegermächte meinten schließlich in Potsdam im August 1945, diese gewaltigen Bevölkerungstransfers in einigermaßen humaner Form durchführen zu können, obwohl bereits Millionen an Vertriebenen unterwegs waren. Der Historiker hat die gesamten Vorgänge zwischen Herbst 1944 und Frühjahr 1948 differenziert darzulegen, darüber hinaus die Kausalzusammenhänge aufzuzeigen. Die "ethnischen Säuberungen" selbst lassen sich in die Phase der Flucht vor der Roten Armee, in die "wildten" Vertreibungen durch tschechische und slowakische Militär- und Zivilorgane sowie in die systematisch organisierte gewaltsame Aussiedlung ab Sommer 1945 unterteilen. Parallel dazu sind die politischen und rechtlichen Maßnahmen der wiedererrichteten Tschechoslowakei zu analysieren:

- 1) die Zuweisung einer Kollektivschuld an alle Deutschen für die vom NS-Regime verübten Verbrechen;
- 2) die kollektive Enteignung aller Deutschen durch verschiedene Regierungsdekrete;
- 3) die kollektive Entwurzelung durch zwangsweises Entfernen aus den bisherigen Lebenszusammenhängen, aus der bisherigen Heimat;
- 4) die kollektive Vertreibung in Fußmärschen, per Pferdefuhrwerk oder per Güterwaggons – oft nach Konzentrierung in Lagern;
- 5) zusätzlich: die kollektive gewaltsame Aussiedlung auf der Basis des Potsdamer Abkommens.<sup>24</sup>

Das Münchner Abkommen und die Oktroyierung des Protektorates Böhmen und Mähren hatten – bewußt oder unbewußt als Ein-

---

Säuberung": Ein Mittel zur Lösung von Nationalitätenproblemen?, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 46 (1992) 27-38

<sup>24</sup> Vgl. die kontroversiellen Überblicke: Radomír Luža, *The Transfer of the Sudeten Germans. A Study of Czech-German Relations 1933-1962* (New York 1964); Češi – Němci – odsun [Tschechen – Deutsche – Abs Schub], ed. Bohumil Černý, Jan Křen, Václav Kural, Milan Otáhal (Praha 1990); *Odsun. Die Vertreibung der Sudetendeutschen*, Begleitband zur Ausstellung, Veröffentlichung des Sudetendeutschen Archivs, 2. Aufl. (München 1995)

heit gesehen – in der tschechischen Gesellschaft wie in der tschechischen Politik ein Trauma entstehen lassen. Die im Exil wie im Widerstand in der Heimat angestrebte Wiedererrichtung der Republik in den Vormüchner Grenzen sollte die Differenz zwischen Anspruch und Wirklichkeit des 1918 proklamierten Nationalstaates beseitigen: durch stärkere Einbindung der Slowaken, durch Vertreibung der Deutschen und durch "Austausch" von Magyaren und Slowaken. Die nationalsozialistische Besatzungspolitik, nicht zuletzt aber auch die Radikalität der Kriegsführung zwischen Deutschland und der Sowjetunion – mit einer ganzen Reihe gewaltsamer Deportationen –, schließlich das Fanal von Lidice konkretisierten die tschechische Forderung nach einer "nationalen Flurbereinigung". Als Begründung sollte der Vorwurf einer kollektiven Schuld dienen, die eine kollektive Strafe nach sich ziehe: Die Sudeten- (und Karpaten-)Deutschen wurden für die Auflösung der Ersten Tschechoslowakischen Republik und die Begünstigung der NS-Herrschaft als Kollektiv für schuldig erklärt und sollten dafür auch kollektiv mit dem Verlust der Heimat büßen.<sup>25</sup>

Als die tschechoslowakische Regierung Anfang April 1945 über Moskau nach Kaschau (Košice) kam, beschloß sie, alle Deutschen – bis auf restriktiv begrenzte Ausnahmen – aus dem Gebiet der Republik zu vertreiben. Vom 19. Mai 1945 an erließen Präsident Beneš und seine Minister eine Reihe von Dekreten und Erlässen, die den Deutschen ihre wirtschaftlichen Existenzgrundlagen entzogen, sie politisch entrechteten und einer politischen Vergeltungsjustiz preisgaben, die weit über den Kreis der Schuldigen hinausgriff und mehrheitlich Schuldlose erfaßte. Die meisten tschechoslowakischen politischen Parteien und ihre Organe sowie die sukzessive entstehenden Nationalausschüsse riefen die verschiedenen bewaffneten Einheiten, die untergeordneten Verwaltungsorgane, aber auch die Bevölkerung selbst zu entschlossenem Vorgehen gegen die Deutschen auf, das Enteignungen, Internierungen, schließlich Vertreibungen aus dem Staatsgebiet zum Ziel hatte. Wesentliche Träger dieser Gewalt-

---

<sup>25</sup> Vgl. Nationale Frage und Vertreibung in der Tschechoslowakei und Ungarn 1938-1948, hg. v. Richard G. Plaschka, Horst Haselsteiner, Arnold Suppan und Anna M. Drabek (Wien 1997); Der Weg in die Katastrophe. Deutsch-tschechoslowakische Beziehungen 1938-1947, hg. v. Detlef Brandes und Václav Kural (Essen 1994)

maßnahmen im Mai, Juni und Juli 1945 waren die sich neu bildende tschechoslowakische Armee, die stark kommunistisch durchsetzten Sicherheitsorgane, eine Unzahl von bewaffneten Freiwilligenformationen und die ebenfalls kommunistisch oder linkssozialistisch geprägten "revolutionären" Nationalausschüsse. Infolge der noch unklaren Kompetenzaufteilungen zwischen Regierung und Nationalausschüssen, des politischen Machtkampfes mit nationalistischen Parolen und verschiedener Eingriffe sowjetischer Kommanden ist es freilich schwierig, bei jedem gewaltsamen Übergriff zwischen staatlicher Anstachelung oder gar Lenkung bzw. "spontaner Aktivität an der Basis" zu unterscheiden, zumal die meisten Befehle nur mündlich erteilt wurden. Als Tatsachen bleiben jedoch die schweren Ausschreitungen während des Prager Aufstandes bestehen, der "Todesmarsch" der Brünnener Deutschen, das Pogrom gegen die Arbeiter der Firma Schicht in Aussig (Ústí nad Labem), die Massenerschießung von ca. 250 Karpatendeutschen in der Nähe des Bahnhofs von Praelau in Mähren sowie zehntausende Todesopfer in über 2.000 Internierten-, Arbeits- und Straflagern und in über 200 Gefängnissen.<sup>26</sup>

Nachdem bis Ende Juli 1945 bereits über 750.000 Deutsche aus der Tschechoslowakei vertrieben worden waren, akzeptierten auch die USA und Großbritannien die tschechoslowakischen Vertreibungspläne und formulierten mit der UdSSR den Art. XIII des Potsdamer Abkommens, der die "Überführung der deutschen Bevölkerung Polens, der Tschechoslowakei und Ungarns oder Teilen dieser Bevölkerung nach Deutschland" festlegte. Auf dieser Basis beschloß dann der Alliierte Kontrollrat im besetzten Deutschland am 20. November 1945 die Aufnahme von 2,5 Millionen Deutschen aus der Tschechoslowakei, 500.000 aus Ungarn und 150.000 aus Österreich in der amerikanischen (2,25 Mio.), sowjetischen (750.000) und französischen (150.000) Besatzungszone. Tatsächlich wurden zwischen Jänner und Oktober 1946 per Güterzug über 1,8 Mio. Sudetendeut-

---

<sup>26</sup> Vgl. Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei, hg. vom Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte. 2 Bde. (Bonn 1957); Tomáš Staněk, Odsun Němců z Československa 1945-1947 [Der Abschub der Deutschen aus der Tschechoslowakei 1945-1947] (Praha 1991); Emilia Hrabovec, Vertreibung und Abschub. Deutsche in Mähren 1945-1947 (Frankfurt/Main 1995); Intolerance. Češi, Němci a Židé na Ústecku 1938-1948 [Intoleranz. Tschechen, Deutsche und Juden in Aussig und Umgebung 1938-1948], hg. vom Archiv der Stadt Aussig (Ústí nad Labem 1998)

sche in die amerikanische, fast 800.000 in die sowjetische Besatzungszone abgeschoben. Ab diesem Zeitpunkt akzeptierten beide Militärbehörden nur mehr die Aufnahme kleiner Gruppen bzw. im Rahmen der Familienzusammenführung. Da die tschechoslowakischen Ministerien des Inneren und der Arbeit aus Staatssicherheits-, nationalen und wirtschaftlichen Gründen auch keine deutsche Restbevölkerung in den Grenzgebieten belassen wollten, organisierten sie im Frühjahr 1947 eine Umsiedlung ins Landesinnere zu Arbeiten in der Landwirtschaft und im Bergbau. Erst nach der kommunistischen Machtergreifung im Februar 1948 und der Einbindung der ostdeutschen Kommunisten in den Sowjetblock präsentierte sich die KPC als "einziger Garant" der nationalen Gleichberechtigung aller Proletarier und stempelte die antideutschen Aktionen der Nachkriegsjahre als "bourgeois Chauvinismus" ab.<sup>27</sup>

## 1990...

Seit 1990 sind die Forschungen und Bewertungen zur Frage der Vertreibung der Deutschen aus der Tschechoslowakei geradezu explodiert, so daß kaum jemand die Fülle der Beiträge in Büchern, Zeitschriften und Zeitungen überblicken kann. Daher sollen abschließend nur einige Hinweise gegeben werden.

Václav Kural trug eine Fülle von Argumenten zusammen, warum sich die tschechischen Parteien im Verlauf des Zweiten Weltkrieges einer Politik der nationalen Homogenisierung verschrieben. Er verwies auf Hitlers Germanisierungs- und Umsiedlungspläne gegenüber den Tschechen, auf die Enttäuschung der tschechischen Gesellschaft gegenüber den Westmächten nach München und dem 15. März 1939, auf die Folgen der brutalen Besatzungspolitik Heydrichs, auf die Exekutionen in Lidice und Ležáky, auf den Druck der heimischen Widerstandsgruppen auf Beneš und Gottwald sowie auf die nationale und soziale Radikalisierung bei Kriegsende. Friedrich Prinz

---

<sup>27</sup> Vgl. Alfred-Maurice de Zayas, *A Terrible Revenge: The Ethnic Cleansing of the East European Germans 1944-1950* (New York 1994); Jan Křen, *Changes in identity: Germans in Bohemia and Moravia in the 19<sup>th</sup> and 20<sup>th</sup> centuries*, in: *Bohemia in History* 324-343

hielt in der Reihe "Deutsche Geschichte im Osten Europas" entgegen, daß trotz der Prager Ereignisse von einer allgemeinen "Volksraube" der Tschechen gegenüber den Sudetendeutschen kaum die Rede sein konnte, sondern daß die Massenvertreibung der Deutschen eine "von oben angeheizte planmäßige Aktion" gewesen sei.<sup>28</sup>

Jiří Vančura wandte sich unter dem Hinweis auf den Druck der sozialen Frage gegen das weit verbreitete Vorurteil, "als hätten unsere Deutschen irgendeine charakterliche Neigung zur Totalität gehabt". Und er gab zur Vertreibung ein ebenso nüchternes wie um gerechte Maßstäbe bemühtes Resümee: a) Der wirtschaftliche Gewinn aus der Enteignung der Deutschen hat die Verluste in der Wirtschaft, die aus der Vertreibung resultierten, nicht wettgemacht. b) In der Gesellschaft des Staates war eine "rechtlose Gruppe" eingeführt worden, "der gegenüber geradezu alles erlaubt war" – ein Präzedenzfall für weitere Rechtslosstellungen: Dem Deutschen folgte innerhalb der Tschechen bald der "Klassenfeind". c) Die Vertriebenen wurden als "Revanchisten" zur Gefahr deklariert – vor allem Stalin und die Sowjetunion damit zum Garanten des status quo vorgezeichnet, in ihrer Vormachtstellung gerechtfertigt. d) Als "Hauptnegativum" aber wertete Jiří Vančura den Bruch mit der Moral: "Die Annahme des Grundsatzes der Kollektivschuld, eines eigentlich unmoralischen Grundsatzes...". Der Mut zu solcher Perspektive von tschechischer intellektueller Seite hat einen entscheidenden Beitrag zur Wertung der Frage der Vertreibung gesetzt. Eine Einzelmeinung, aber doch Teil der Meinungspluralität.

Auch die Diskussion um das Verhalten der Sudetendeutschen 1938 wurde vielfach nicht nur ohne historischen Rückgriff und oft nur mit Argumenten der Kenntniskapazität von 10 bis 50 Jahren danach geführt. Das ist zu wenig für eine kritische Beurteilung des Verhaltens der Bevölkerungen von damals. So gibt es überhaupt in der Beurteilung des tschechisch-sudetendeutschen Verhältnisses vordergründige politische Interessenslagen, damit eine Reduzierung der

---

<sup>28</sup> Václav Kural, *Češi a Němci v československém státě (1918-1945)* [Tschechen und Deutsche im tschechoslowakischen Staat (1918-1945)], in: *Češi – Němci – odsun* 224-263; Friedrich Prinz, *Böhmen und Mähren (Deutsche Geschichte im Osten Europas 2, Berlin 1993)*; Friedrich Prinz, "Odsun Němců", die Vertreibung der Sudetendeutschen 1945: Ein kritischer Rückblick, in: *Odsun. Die Vertreibung der Sudetendeutschen* 71-95

Einschätzung der Entwicklung ohne Vorurteil, Schwarz-Weiß-Zeichnungen und das Gefecht der Phrasen. Die nationale Gruppierung aber wird ebenso wie das Streben, dem nationalen Selbstbestimmungsrecht nach Möglichkeit weitestgehend Geltung zu verschaffen, weiterhin zu den Bausteinen unseres Zusammenlebens gehören. Auch das künftige Europa wird im wesentlichen aus Gruppierungen aufzubauen sein, die auf dem nationalen Selbstbestimmungsrecht beruhen. Und bei wechselseitiger demokratischer Anwendung kann und wird es in positiver Auffassung ein Beitrag nicht nur zur Sezession, sondern – das hätte auch für 1918/19 gelten können – vielmehr ein Impuls für die Notwendigkeit, einander entgegenzukommen, aufeinander einzugehen, und zur Suche nach konstruktiven übergreifenden Gesamtlösungen sein. Die Erwartung, daß jede beitragswerbende Nation früher oder später nicht wenig an Entscheidungs- und Loyalitätskapazität an ein übergeordnetes Europa abzugeben haben wird, sollte diese Einstellung erleichtern: im Sinn der Bereitschaft und der eintretenden Notwendigkeit, stets auch die Perspektiven der anderen in die eigenen Perspektiven miteinzubeziehen.<sup>29</sup>

---

<sup>29</sup> Češi a sudetoněmecká otázka 1939-1945. Dokumenty [Die Tschechen und die sudetendeutsche Frage 1939-1945. Dokumente] ed. Jitka Vondrová (Praha 1994); Konfliktgemeinschaft, Katastrophe, Entspannung. Skizze einer Darstellung der deutsch-tschechischen Geschichte seit dem 19. Jahrhundert, hg. vom Außenministerium der Tschechischen Republik für die Gemeinsame deutsch-tschechische Historikerkommission (Prag 1996); Entschließung des Europäischen Parlaments vom 15. April 1999 zum regelmäßigen Bericht der Kommission über die Fortschritte der Tschechischen Republik auf dem Weg zum Beitritt, KOM(98)0708-C4-0111/99; Plaschka; Suppan, in Hrabovec, Vertreibung 19